



WGS FreieBurgdorfer – Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf

Per E-Mail
Herrn Bürgermeister Pollehn



Geschäftsstelle
Potsdamer Winkel 13
31303 Burgdorf
05136/9762602
ratsarbeit@für-burgdorf.de

Es schreiben Ihnen
Rüdiger Nijenhof
Ruediger.Nijenhof@für-burgdorf.de

Burgdorf, den 08.05.2026

Aufgabenwahrnehmung als Untere Straßenverkehrsbehörde sowie der Kostenstrukturen der „selbstständigen Stadt“ Burgdorf

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Pollehn, sehr geehrte Damen und Herren,

vor dem Hintergrund der Debatten um die Verkehrsgestaltung im Stadtgebiet, insbesondere zu den Straßen in den Ortsteilen, besonders Heeßel und die entfallende 30er Zone, die Anfragen aus Sorgensen, Dachtmissen und Otze, sowie der Rückmeldungen vieler Bürgerinnen und Bürger, bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Finanzielle Bilanz

- 1.1 Wie hoch waren die jährlichen Kosten für die Verkehrsbehörde im letzten vollen Jahr vor der Übertragung?
- 1.2 Welche Zahlungen (Kostenerstattungen) leistet die Stadt aktuell hierfür jährlich an die Region Hannover?
- 1.3 Mit welchen Umstellungskosten und laufenden Personalkosten wäre bei einer Rückholung vermutlich zu rechnen?
- 1.4 Wie hoch waren die eingenommenen Bußgelder und Gebühren im Stadtgebiet in den letzten drei Jahren, und welcher Anteil floss an die Region Hannover?

2. Gestaltungsspielraum und Bürgernähe

- 2.1 Welche fachlichen Ermessensspielräume hätte die Stadt beim Entfall der 30er-Zone in Heeßel gehabt, um bürgernäher zu entscheiden?
- 2.2 Wie bewertet die Verwaltung die aktuelle Ablehnung der Warnschilder „Achtung Kinder“ u.a. in Otze durch die Region Hannover? Hätte die Stadt hier bei Eigenzuständigkeit anders entscheiden können?
- 2.3 Fall Sorgensen: Wie bewertet die Verwaltung die Blockade einer sicheren Querungshilfe durch die Landesbehörde/Region, obwohl der von uns initiierte „Offene Ortsrat“ hier seit langem Lösungen für den Schulweg fordert?

3. Bürokratische Hürden und frühere Lösungen

- 3.1 erinnert sich die Verwaltung an die kreative Lösung vor dem Gymnasium? Wäre dies heute unter Regionsregie überhaupt denkbar?
- 3.2 Fall Hülptingsen: Warum dauerte die Errichtung der Bedarfsampel „Vor den Höfen“ trotz Ratsbeschluss von 2018 bis 2020 und dies obwohl die Diskussion bereits Jahre vor dem Beschluss gelaufen war? Inwieweit verhinderte die Argumentation der Region („nicht vorgesehen in 30er-Zonen“) hier jahrelang eine kostengünstige Sicherheitslösung?



4. Aufarbeitung „Kompetenz-Vakuums“ Verkehrsversuch

Insbesondere ist uns im sog. Verkehrsversuch klar geworden, dass selbst der Stadtverwaltung (zumindest bis zum Zeitpunkt des Beendigungswunsches durch den Rat) nicht bewusst ist/war, welche Kompetenzen noch bei der Stadt und welche schon allein bei der Region liegen/lagen.

4.1 Daher bitten wir um eine tabellarische Gegenüberstellung aller Maßnahmen des Verkehrsversuchs (Zuständigkeit Region vs. Stadt).

4.2 Wie bewertet die Verwaltung die Tatsache, dass während des Versuchs offensichtlich Unklarheit über die jeweiligen Kompetenzen herrschte und selbst die Verwaltungsspitze darüber keine Kenntnis hatte?

5. Personalkosten und Statusvergleich

5.1 Welche Personalkosten entstehen rein aufgrund des Status als „selbstständige Gemeinde“ (Bauaufsicht, Denkmalschutz etc.)?

5.2 Wäre bei einer Rückübertragung der Verkehrsbehörde eine Personalunion (z. B. mit der Leitung des Ordnungsamtes o.a.) möglich, um Fixkosten zu minimieren?

5.3 Wie hoch sind die jährlichen Nettokosten für den Betrieb des eigenen Jugendamtes im Vergleich zu den geschätzten Kosten einer eigenen Verkehrsbehörde, und wie bewertet die Verwaltung den Gewinn an lokaler Steuerungskompetenz in beiden Bereichen?

6. Strategische Weiterentwicklung und Bürgerbeteiligung

6.1 Inwieweit plant die Verwaltung, erfolgreiche Beteiligungsformate wie den „Offenen Ortsrat“ in Sorgensen künftig stärker einzubinden, insbesondere falls die Stadt wieder eigene Verkehrsbehörde würde?

Bitte achten Sie bei der Beantwortung unserer Fragen auch darauf, dass wir durch Ihre Antworten klar benannt bekommen, im Zweifel durch eine gesonderte Information, an welcher Stelle der Rat der Stadt Burgdorf im Bereich des Verkehrs noch Gestaltungsspielraum hat, - solange die alleinige kommunale Verkehrsbehörde bei der Region ist - und an welcher Stelle der Gestaltungsspielraum größer würde, wenn wir die Rückübertragung angehen würden. Zugleich bitten wir festzuhalten, in welcher Weise Bürgerinteressen aus Sicht der Verwaltung selbst betroffen sind/sein könnten.

Die Fälle Otze, Heeßel, Hülptingsen und Sorgensen belegen: Die kommunale Selbstverwaltung wird durch externe Behördenentscheidungen ausgehöhlt. Während Burgdorf beim Jugendamt richtigerweise hohe Kosten für maximale Bürgernähe investiert, wurde die Gestaltungsmacht im Verkehrsbereich an eine anonyme Region delegiert. Das Beispiel am Gymnasium beweist, dass wir früher kluge, eigene Wege für die Sicherheit gefunden haben. Wir wollen diese Gestaltungsmacht zurückgewinnen, damit Experten vor Ort entscheiden – nicht Sachbearbeiter in Hannover.

Vielen Dank für Ihre Mühe.

Mit freundlichem Gruß

Rüdiger Nijenhof

-Fraktionsvorsitzender-